

Aus der Arbeit der Vereinigung der Juristen der DDR

Ideenreiche Verwirklichung der Beschlüsse des X Parteitages der SED

KURT KATTANEK,
Stellvertreter des Generalsekretärs der VdJ

Am 28. Mai 1981 tagte der Zentralvorstand der Vereinigung der Juristen der DDR in Berlin — Hauptstadt der DDR —, um erste Schlussfolgerungen aus den Beschlüssen des X. Parteitages der SED zu ziehen.

In einem grundlegenden Referat ging der Generalsekretär der Vereinigung, Dr. U. R o e h l, davon aus, daß die vom X. Parteitag für die 80er Jahre formulierten Aufgaben von den Juristen das Eindringen in die gesellschaftlichen Prozesse, eine höhere juristisch-politische Bildung, insbesondere die Fähigkeit, juristische Kenntnisse mit dem Wissen um die komplexen Grundprozesse in der Gesellschaft zu verbinden, sowie noch stärkere Konsequenz bei der Durchsetzung unseres Rechts und eine überzeugende erzieherische Öffentlichkeitsarbeit verlangen. Er leitete daraus die Forderung ab, das Tätigkeitsfeld der VdJ so weiterzuentwickeln, daß sie die vielfältigen gesellschafts-politischen und internationalen Aufgaben anspruchsvoll erfüllt und ihren spezifischen Beitrag von hoher Wirksamkeit zur Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED erbringt.

Das Referat und die Diskussion beschäftigte sich mit den von der Organisation in der Folgezeit zu lösenden wichtigen Aufgaben, von denen einige wesentliche genannt werden sollen.

1. Auf internationalem Gebiet sind die Aktivitäten auf solche Ziele auszurichten, die das brüderliche Bündnis mit der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft stärken. Hierzu zählen gemeinsame Beratungen, Abstimmungen und Erfahrungsdiskussionen mit den Bruderorganisationen. Dr. U. R o e h l berichtete in diesem Zusammenhang von einem Arbeitstreffen mit sowjetischen Juristen, auf dem u. a. Übereinstimmung zum Abschluß einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit für den Zeitraum bis 1986 erzielt wurde. U. Wolf, Sekretär, und C. F o t h, Mitglied des Sekretariats des Zentralvorstandes, verwiesen auf die spezifischen Mittel der VdJ; um zur Verwirklichung des Friedensprogramms der KPdSU und der Friedenspolitik der SED beizutragen.

Die Sektion Völkerrecht und internationales Wirtschaft srecht führt z. B. eine Beratung zu juristischen Aspekten außenpolitischer Aufgaben nach dem X. Parteitag der SED durch, bei der es vor allem darum geht herauszuarbeiten, wie mit dem Instrumentarium des demokratischen Völkerrechts in der gesellschaftlichen Arbeit zur Lösung der außenpolitischen Aufgaben beizutragen ist und antiimperialistische Aktionen der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen sowie aller demokratischen Juristen durch qualifizierte Mitarbeit und Initiativen zu fördern sind. Als Beispiel dafür nannte U. Wolf den von unserer Organisation initiierten jüngsten Aufruf der IVDJ an alle nationalen Sektionen zu Aktionen gegen neofaschistische Umtriebe. Im Oktober dieses Jahres ist zu dieser Thematik ein wissenschaftliches Kolloquium geplant.

Auf fünf grundsätzliche Aufgaben zu internationalen Aktivitäten orientiert der vom Zentralvorstand gefaßte Beschluß:

- Zur Vertiefung der Beziehungen zu den Bruderorganisationen werden die bewährten Konsultationen, der Erfahrungsaustausch und die kameradschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen und konkreter Zielstellungen ausgebaut.
- Die Mitarbeit in der IVDJ und das weitere internationale Wirken unserer Organisation wird konsequent auf den Beitrag zur Sicherung des Friedens, den Kampf gegen das Wettrüsten und für die Einhaltung des Völkerrechts in den zwischenstaatlichen Beziehungen ausgerichtet.
- Die Imperialismuskritik unter juristischen Aspekten, die völkerrechtliche Analyse und Entlarvung friedens-

und entspannungsfeindlicher Erscheinungen, wie Neofaschismus, Revanchismus, Rassismus und der juristischen Aggression der BRD, werden verstärkt.

- Zur antiimperialistischen Solidarität mit den um nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern für die Verwirklichung ihrer legitimen Rechte, mit den Juristen der Länder mit sozialistischer Entwicklung und mit den vom Imperialismus verfolgten Kräften wird weiterhin ein aktiver Beitrag geleistet.
- Die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Juristen und ihren Organisationen ist im Interesse des Friedens und der friedlichen Koexistenz verstärkt fortzusetzen und zur Erhöhung des internationalen Ansehens und der Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus, insbesondere zur Propagierung der Vorzüge und Werte seiner Staats- und Rechtsordnung, ist ein größerer Beitrag zu leisten.

2. Im Referat und in der Diskussion wurden Wege gewiesen zur Umsetzung höherer Maßstäbe in der gesellschaftlichen Tätigkeit der Vereinigung.

Es wurde berücksichtigt, daß der X. Parteitag die ökonomische Strategie für die 80er Jahre ausgearbeitet hat und den historischen Beschluß faßte, die Hauptaufgabe auch unter den veränderten internationalen Bedingungen als Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortzuführen. Folgerichtig müssen auch unsere Aktivitäten darauf gerichtet sein, die Rechtsarbeit überall in die Leitungstätigkeit zu integrieren, die exakte Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die Ausprägung der sozialistischen Arbeitsdisziplin jedes Werktätigen, die Neuererbewegung und Erfindertätigkeit zu fördern, den unablässigen Schutz des sozialistischen Eigentums, die Vorbeugung von materiellen Schäden, den Ausbau des Unfall- und Gesundheitsschutzes sowie die strikte Wahrung der Rechte der Werktätigen und die konsequente Durchsetzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit in allen Bereichen zu unterstützen.

Dr. G.-A. L ü b c h e n, Mitglied des Sekretariats des Zentralvorstandes und Vorsitzender der Sektion Zivil-, Familien- und Arbeitsrecht, ging auf die Rolle des Rechts bei der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein. Am Beispiel der geplanten Einführung von ca. 45 000 Robotern in Industrieschwerpunkten verdeutlichte er, wie Fragen des Arbeitsrechts in das Blickfeld rechtspropagandistischen und rechtserzieherischen Wirkens rücken. Auf die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms eingehend, entwickelte er mögliche Aufgaben, wie in Zusammenarbeit mit der Nationalen Front und den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten die Werterhaltung der Bausubstanz und die Mitwirkung der Bevölkerung gefördert werden könnten.

Dr. E. S ü ß, Mitglied des Zentralvorstandes, betonte die Notwendigkeit, alle Juristen für die Unterstützung der vom X. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Aufgaben zu gewinnen. Für wichtig erachtete sie dabei den Erfahrungsaustausch und das Erarbeiten von Standpunkten, insbesondere hinsichtlich der Lösung neuer Probleme. Sie erläuterte das anhand von Beispielen bei der Durchsetzung von Bestimmungen des Gütertransports und zur Energie- und Kraftstoffesparung.

F. K a u f m a n n, Vorsitzender der Wirkungsgruppe Wirtschaftsrecht in Erfurt, berichtete u. a. über geplante Problemdiskussionen zur Bodennutzungsverordnung, zur Sicherung der Staatsplanaufgaben Wissenschaft und Technik und zur Erhöhung der Effektivität der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen mit den Mitteln des Wirtschaftsrechts in der Einheit von Planungs- und Kooperationsrecht. Er wies Wege zur Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik und der Bezirkshandwerkskammer.

3. Einen zentralen Platz im Referat und in der Diskussion nahmen Überlegungen ein, wie die VdJ zur Stärkung des Staates, der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie und zur Durchsetzung und Vervollkommnung des sozialistischen Rechts beitragen kann. Es wurde u. a. herausgearbeitet, daß die Initiativen sich hierbei auf die Unterstützung der Arbeit der Volksvertretungen, auf die Förderung der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der gesellschaftlichen Prozesse, auf das Zusammen-